

## VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden Dezember-Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG informiert Sie mit dem aktuellen „Standpunkt“ wiederum über seine Empfehlungen zu einzelnen Vorlagen für die Dezember-Session. Die im Zuge des Massnahmenplans 2014 bereits grundsätzlich verabschiedeten Vorlagen werden nicht noch einmal aufgeführt. Der VSEG unterstützt sämtliche damit verbundenen Sparvorlagen!

A 040 / 2014

**Auftrag Markus Knellwolf (gpl, Zuchwil): Kantonaler Pendlerabzug auf ein sinnvolles Mass begrenzen (FD)**

**Wir empfehlen Ihnen, der Erheblicherklärung nicht zuzustimmen.**

Die Begrenzung des Abzugs wurde vom Bund in erster Linie aus finanziellen Gründen vorgesehen, weil damit dem Bund höhere Steuererträge zufließen. Diese Mehrerträge sind ein Teil der neuen Finanzierungsquellen für den Bahninfrastrukturfonds. Da im heutigen Zeitpunkt die Auswirkungen auf den Kanton nicht bekannt sind, müsste die Begrenzung der Pendlerpauschale als versteckte Steuererhöhung betrachtet werden.

RG 143 / 2014

**Änderung des Mittelschulgesetzes**

**Wir empfehlen Ihnen, der Änderung des Mittelschulgesetzes zuzustimmen.**

Der VSEG unterstützt die vorbereitete Gesetzesänderung, da damit – die im Zusammenhang mit dem Massnahmenplan 2014 unterstützte Weiterführung der Sonderklasse für sportlich oder musisch besonders Begabte – die Rechtsgrundlage zur möglichen definitiven Einführung des fünfjährigen Maturitätslehrgangs geschaffen wird.

I 079 / 2014

**Interpellation Markus Ammann (SP, Olten): Auswirkungen der Verkehrsinfrastrukturausbauten im Kanton Solothurn**

**Wir unterstützen die regierungsrätliche Antwort auf diese Interpellation und lehnen ein Verkehrsflächenmoratorium ab.**

Auch der VSEG begrüsst die Interessenabwägung zwischen Kulturlanderhaltung und der Optimierung von Verkehrsinfrastrukturen. Dies soll jedoch nicht im Rahmen der Gesetzgebung projektunabhängig vorweggenommen werden. Wir sind überzeugt, dass mit einer vorhabenbezogenen Interessenabwägung dem allgemeinen öffentlichen Interesse besser gerecht werden kann. Auch wir stehen deshalb einem Verkehrsflächenmoratorium, das auf Gesetzesstufe festgehalten werden müsste, ablehnend gegenüber.

I 150 / 2014

**Interpellation Barbara Wyss Flück (Grüne Solothurn): Umsetzung revidiertes Raumplanungsgesetz im Kanton Solothurn (BJD)**

**Der VSEG ist mit der Beantwortung der Interpellation nur teilweise befriedigt.**

Der VSEG vertritt grundsätzlich die Auffassung, dass die Vorgaben des neuen eidgenössischen Raumplanungsgesetzes umgesetzt werden müssen. Im Umsetzungsprozess hat der Kanton bzw. der Regierungsrat jedoch dafür zu sorgen, dass im Kanton Solothurn die vom Bund errechnete Grundlage mit dem höchsten bevölkerungsmässigen Entwicklungspotenzial beigezogen wird und somit das grösstmögliche Entwicklungspotenzial in den nächsten 15 Jahren ausgeschöpft werden kann. Hierfür sind die entsprechenden Parameter für die Berechnungsgrundlagen zur neuen Siedlungsstrategie gegen oben hin auszureizen.

Die Grundsätze der neuen Siedlungsstrategie sind so vorzusehen, dass eine möglichst flexible Einzonungspolitik – gemäss den vorerwähnten Grundsätzen – betrieben werden kann. Mit der neuen Siedlungsstrategie soll es im Kanton Solothurn auch in Zukunft nach wie vor möglich sein, heute noch nicht geplante grössere Entwicklungsgebiete (Gross-Unternehmungen, grössere neue Entwicklungsgebiete wie Wasserstadt etc.) ohne unüberwindbare „Raumplanungsfesseln“ realisieren zu können. Die angestrebte Kompensationspflicht muss diesbezüglich einen gewissen Spielraum offen lassen.

I 172 / 2014

**Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Umsetzung Sek I Reform (DBK)**

**Der VSEG unterstützt die regierungsrätliche Antwort.**

Auch der VSEG ist überzeugt, dass eine vergleichsweise hohe Qualität der Maturitätsausbildungen bedeutsamer ist als gewisse Quoten.

I 172 / 2014

**Interpellation Luzia Stocker (SP, Olten): Massnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger (DDI)**

**Der VSEG unterstützt die regierungsrätliche Antwort und die grundsätzliche Stossrichtung der Interpellantin.**

Auch der VSEG ist davon überzeugt, dass die Arbeit der pflegenden Angehörigen weiter gestärkt werden soll, weil damit die Stärkung der ambulanten Pflege weitergeführt werden kann. Der VSEG sieht das Leistungsfeld „Alter und Pflege“ als eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen öffentlichen Hand der Zukunft. Der VSEG ist bestrebt, dass die Gemeinden über starke und leistungsfähige Spitex- und Heimorganisationen verfügen, die sich den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft stellen können.

I 177 / 2014

**Interpellation Markus Baumann (SP Derendingen): Wirksame Kontrollen im Alters- und Pflegeheimwesen (DDI)**

**Der VSEG unterstützt die regierungsrätliche Antwort.**

Auch der VSEG ist überzeugt, dass hier keine zusätzlichen Kontrollgremien aufgebaut werden müssen.